

5. Gleiche Entlohnung

Für gleiche Arbeit ist gleiche Entlohnung zu fordern.

Dazu die ÖVP:

Im ÖVP-Grundsatzprogramm ist beschrieben, dass Gerechtigkeit für uns nicht "jedem das Gleiche" sondern "jedem das Seine" bedeutet. Gerechtigkeit zielt daher auf möglichst gerecht verteilte Lebenschancen für jeden Einzelnen, auf den offenen Zugang zu den Bildungseinrichtungen, Gütern, Leistungen und Eigentum, sowie auf die Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitverantwortung. Chancengerechtigkeit herzustellen heißt für uns, benachteiligte Gruppen - wie Behinderte, Minderheiten, Zuwanderer etc. - besonders zu fördern und bestehende Diskriminierungen in Form von sachlich und ethisch nicht gerechtfertigten Unterscheidungen abzubauen. Dieses Prinzip ist natürlich auf die eine gleiche Entlohnung für eine gleiche und gleichwertige Arbeit anzuwenden.

Dazu die SPÖ:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eines unserer wichtigsten Ziele. Um dies zu erreichen, werden eine Fülle von Maßnahmen notwendig sein. Angefangen von Förder- und Auftragsvergabe von öffentlichen Aufträgen, über Frauenförderpläne usw.

Dazu die FPÖ:

Wir Freiheitliche stehen voll und ganz zum Grundsatz gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und muss Schritt für Schritt zur Selbstverständlichkeit werden. Mit einem besseren Zugang von Mädchen zu technischen und zukunftsorientierten Berufen und damit höheren Einstiegsgehältern und Aufstiegschancen, wurde ein erster Schritt gesetzt. Als weiteren Schritt, um Einkommensunterschiede bei Frau und Mann zu reduzieren, fordern wir die Einrechnung der Kindererziehungszeiten in die Vordienstzeiten bei Gehaltseinstufungen.

Dazu die Grünen:

Die Forderung nach gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit ist zu bejahen, allerdings ist das Problemfeld Diskriminierung von Frauen viel umfangreicher. Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern hat zahlreiche Ursachen. Das beginnt bei der immer noch zum Teil vorhandenen weniger guten Ausbildung von Mädchen und der geschlechtertypischen traditionellen Berufswahl, die mit sich bringt, dass Frauen in schlechter bezahlten, weniger prestigeträchtigen Berufen mit weniger Karrieremöglichkeiten landen. Es setzt sich fort über teils lange Phasen, in denen Frauen zur Betreuung ihrer Kinder aus dem Beruf aussteigen oder langjährig auf - meist schlecht bezahlten - Teilzeitarbeitsplätzen tätig sind und nur mehr schwer zurück in die Vollerwerbstätigkeit finden, aber auch über die sogenannte "gläserne Decke", d.h. männerdominierte Strukturen, die Frauen am Aufstieg in Spitzenpositionen hindern. Schließlich gibt es immer noch direkte Diskriminierung, d.h. Arbeitsplätze, wo für gleiche Leistung Männern und Frauen nicht das gleiche Einkommen bezahlt wird.

Da die Ursachen so vielfältig sind, müssen auch sehr vielfältige politische Maßnahmen zum Abbau der Einkommensschere ergriffen werden, von denen hier stichwortartig einige genannt werden: Frauenquoten, Bindung öffentlicher Gelder an Frauenförderprogramme, Ausbau der Gleichbehandlungsgesetze, Anreize zu Väterkarenz und Umverteilung von Haus- und Familienarbeit, geschlechtersensible Berufs- und Ausbildungsberatung, Einführung eines Mindestlohnes, arbeitsrechtliche Besserstellung der Elternkarenz, etc.

Nachsatz der Grünen:

Um ausreichend Arbeitsplätze zu haben, muß eine Wende in der Wirtschaftspolitik hergestellt werden. Mit einem breiten Programm - steuerliche Entlastung der Arbeit im Konnex Ökosozialer Steuerreform bis zu Förderungen kreativer Dienstleistungsbereiche - wollen dies die Grünen angehen.